

Was ist die Demokratie dem Staat wert? Zukunft der Bundesförderung gegen Rechtsextremismus

Fachgespräch am 10. Mai 2010

Rechtsextreme Haltungen existieren nicht nur an einem extrem rechten Rand, sondern sind ein Problem in der gesamten Gesellschaft. Folglich könnte kein noch so gutes Bundesprogramm das ursächliche Übel an der Wurzel packen. Darin waren sich die 13 Referentinnen und Referenten des Fachgesprächs einig. Gemeinsam mit rund 100 Teilnehmenden dachten sie darüber nach, welche gesellschaftlichen und politischen Ansätze gegen neonazistische, rassistische Tendenzen und Aktivitäten sich bewährt haben, was falsch läuft und wie es weiter gehen sollte.

Angesichts eines wachsenden, gewaltbereiten und organisierten Rechtsextremismus ist ein demokratischer Konsens unverzichtbar. **Zivilgesellschaftlicher Widerstand muss auf einer breiten Basis entfaltet werden.** Aus diesem Anspruch heraus führten Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und DIE LINKE gemeinsam in das Fachgespräch ein.

Monika Lazar (grüne Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus), **Sönke Rix** (Sprecher der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus der SPD-Fraktion) und **Ulla Jelpke** (Innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion) erklärten übereinstimmend: „Rechtsextremismus ist ein frontaler Angriff auf unsere Demokratie.“ Die drei Abgeordneten warfen Bundesfamilienministerin Schröder vor, extrem rechte Entwicklungen nicht ernst genug zu nehmen und stattdessen eine angeblich massive „linksextreme“ Bedrohung in den Mittelpunkt von Debatten und Förderbestrebungen zu rücken. So würden weder die Gefahrenlage durch Neonazis noch die Verankerung menschengruppenfeindlicher Haltungen in der Mitte der Gesellschaft angemessen thematisiert. Gemeinsam forderten sie die Bundesregierung auf, die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus als „**politische Querschnittsaufgabe**“ aufzunehmen. Dazu gehören Debatten, wie unsere **Demokratie erfahrbarer und attraktiver** gemacht werden kann. Auch muss der Bund zur Überführung zivilgesellschaftlicher Strukturen in eine Regelförderung beitragen, wobei die Unabhängigkeit der Projekte gewahrt bleiben soll. Eine Vermischung mit anderen Extremismusformen ist zu verhindern.

Wie ein roter Faden zog sich die Forderung nach einer **gesamtgemeinschaftlichen Demokratieoffensive** durch das Fachgespräch. Denn wenn wir nicht nur gegen extreme Ränder zielen, müssen wir fragen: Warum wird unsere Demokratie zu wenig angenommen? Wo können sich Menschen nicht genug einbringen und entfalten? Worin bestehen diesbezüglich unsere Chancen und Potenziale? **Prof. Roland Roth** (Hochschule Magdeburg-Stendal, FH) betonte: „**Positive Erfahrungen mit Demokratie** machen immun gegen Rechtsextremismus.“ Die Bereitschaft der Menschen zum Mitgestalten sei gegeben. Demokratieentfremdung dürfe nicht mit Demokratiefeindlichkeit gleichgesetzt werden, sondern sei als wachsende Distanz zu den demokratischen Institutionen zu verstehen. Demokratieentfremdung resultiere aus einer Enttäuschung über zu wenig echte Demokratie im Sinne konkreter Einflussnahme auf politische Entscheidungen sowie Zweifeln an der Leistungsfähigkeit der Politik („Demokratieentleerung“). Prof. Roth appellierte daher

auch an die Politik, Demokratieentwicklung stärker als einen offenen, partizipativen Prozess zu begreifen und es zu wagen, die Instrumente dafür zu erweitern. Nur in diesem Kontext könnten Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus langfristig Wirkungen entfalten.

Auch die politische Bildung gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit muss um neue Vermittlungsformen und Blickwinkel erweitert werden. Es gilt, jungen Menschen, z.B. an den Schulen, die potenziellen Folgen solcher Haltungen plastisch und anregend vor Augen zu führen. Dies erläuterte **Rabbiner Dr. Walter Rothschild** (Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Schleswig-Holstein). Er verwies dabei auch auf die von ihm verfasste Geschichte „Die Schmidts“, in der mit humorvoller Note die **Absurdität, Irrationalität und Gefährlichkeit von Vorurteilen**, z.B. Antisemitismus, dargelegt sind. Die Möglichkeit, selbst Opfer zu werden, wird durch die dort entwickelte Parabel ins Bewusstsein gerückt. Dies geschieht bewusst geschichtsneutral, indem alle Menschen namens „Schmidt“ plötzlich zu „Unpersonen“ und „Staatsfeinden“ erklärt werden. Auf dieser Basis kann mit Jugendlichen darüber diskutiert werden, wie willkürlich beispielsweise die Nazis im Dritten Reich die Freiheit untergraben haben und welche Gefahr vom modernen Rechtsextremismus ausgeht. Diese Willkür brachte er wie folgt auf den Punkt: „Für Antisemitismus braucht man keine Juden, nur Antisemiten.“

Ziel der Tagung war es auch, den Blick zu weiten und danach zu fragen, wie das Phänomen Rechtsextremismus mit anderen Politikfeldern zusammenhängt. So konstatierte **Günter Piening** (Beauftragter für Integration und Migration des Landes Berlin) einen engen **Zusammenhang zwischen Integration und Rechtsextremismus-Prävention**. Extrem rechte Ideologie sei ganz klar ein Integrationshemmnis. Als problematisch bezeichnete er den öffentlichen Diskurs, in dem MigrantInnen überwiegend als Objekte, selten als Subjekte in Erscheinung träten. Im Zentrum der Prävention gegen Rechtsextremismus sollten aus integrationspolitischer Sicht stehen: die Selbstorganisation der MigrantInnen, die Bekämpfung von Rassismus in der Mehrheitsgesellschaft sowie das Eintreten für die Akzeptanz der Einwanderungsgesellschaft.

Der Rechtsextremismus in seinen unterschiedlichen Facetten und Schattierungen bedroht nicht nur die Demokratie in Deutschland, sondern in ganz Europa. **Tobias Peter** (Mitarbeiter des grünen Europaabgeordneten Jan-Philipp Albrecht) bereicherte die Tagung um die **europäische Perspektive** und beleuchtete Ursachen und Ideologien sowie mögliche Gegenstrategien. Besonderes Augenmerk galt dabei dem Erstarken **rechtspopulistischer Parteien** in diversen europäischen Ländern. Während der Rechtsextremismus – ob parteilich organisiert oder auf Bewegungsebene – sich aggressiv-kämpferisch als Systemopposition mit offen rassistischen Ideologien verortet und dabei ein bestimmtes (subkulturelles) Milieu anspricht, bemühen sich rechtspopulistische Parteien, von der Öffentlichkeit nicht mit den Nazis identifiziert zu werden. Ihre Sprache und Codes sind weicher und nur unterschwellig rassistisch. Europaweit gültige **Strategien der Gegenwehr** sind nicht unabhängig vom **politischen, historischen und sozialen Kontext** zu benennen, es können nur allgemeine Erfordernisse für eine erfolgreiche Arbeit abgesteckt werden. Diese Erfordernisse umfassen u.a. eine sachliche Problemanalyse, Austausch und Kooperation zwischen den verschiedenen Akteuren, konsequente Verurteilung von Diskriminierung, Präventions- und Deradikalisierungsarbeit, Betonung der liberalen

Demokratie und ihrer Werte, den Ausbau einer institutionellen Gegenöffentlichkeit und die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Akteure.

Gerade als parlamentarische Opposition wollen wir die aktuellen Bundesprogramme konstruktiv bewerten und nicht pauschal kritisieren. Uns interessiert daher, was sich bewährt hat. **Dr. Stephan Bundschuh** (Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung, IDA e. V.) erläuterte, welche Programmansätze beibehalten bzw. ausgebaut werden sollten. Dr. Bundschuh führte als Programmleistungen unter anderem an, dass der **öffentliche Diskurs sensibler** geführt werde. So spreche man angesichts rechtsextremer Übergriffe nicht mehr neutral von Gewalt, sondern nenne das zugrunde liegende Problem – Rechtsextremismus - beim Namen. Sein Appell an die Politik: Dieser spezifische Signalcharakter darf bei den Programmen nicht verloren gehen! Es sei wichtig, dass Nazis sich öffentlicher Kritik ausgesetzt sehen. Positiv habe sich auch die stärkere **Integration der Länder** ausgewirkt, da diese zur Auseinandersetzung mehr angeregt würden. Deutlich gewachsen sei zudem die **Professionalisierung** der Anti-Nazi-Arbeit. Zur Qualitätssteigerung im Bereich der politischen Bildung hätten besonders die Modellprojekte mit guten Konzepten beigetragen. Dr. Bundschuh betonte die hervorragende Arbeit der **mobilen Beratungsteams** sowie **Opferberatungsstellen** und begrüßte ihre Übertragung auf alle 16 Bundesländer. Bei allen positiven Aspekten mahnte der Referent: Die Programme sind derzeit Experimentierfelder, die ohne **Regelstrukturen** perspektivisch ins Leere laufen. Auch warnte er davon, von den Programmen zu viel zu erwarten und sie zu überfrachten. So sei ihre besondere Wirksamkeit im Umgang mit rechtsextremen Jugendlichen zu erwarten. Gesamtgesellschaftliche Probleme, wie etwa Fragen der sozialen Gerechtigkeit oder der Asylgesetzgebung könnten sie nicht lösen. Solche Themen würden jedoch von den Nazis genutzt; hier müsse die demokratische Politik reagieren und Antworten anbieten.

Auf der Tagung haben wir daher auch konkret gefragt, was die Anti-Nazi-Arbeit behindert. **Grit Hanneforth** (Kulturbüro Sachsen e.V.) lieferte fundierte und spannende Erkenntnisse zur Arbeit vor Ort. Als Träger der mobilen Beratungsteams initiiert das Kulturbüro Sachsen e.V. immer wieder lokale Gemeinwesenprojekte mit einem Schwerpunkt auf Kommunen im ländlichen Raum. In ihrem Vortrag konzentrierte sich Grit Hanneforth auf die Frage, was Rechtsextremen die Ausbreitung in unserer Gesellschaft erleichtert – vor dem Hintergrund jener Strategien, mit denen sie kommunal zu ankern versuchen. Als wichtigste inhaltliche **Verhinderungsfaktoren** für die Lösung des Problems wurden genannt: die Reaktion der demokratischen Parteien bei rechtsextremen Initiativen in Parlamenten, die Betonung des Unpolitischen in vielen Gesellschaftsbereichen, rassistische, antisemitische, völkische und homophobe Debatten in der Mitte der Gesellschaft, der **Verkoppelungsreflex von Rechts- und Linksextremismus** sowie mangelnde Empathie für Betroffene von extrem rechter und rassistischer Gewalt. Auf der Programmebene selbst wurden ebenfalls zahlreiche Verhinderungsfaktoren genannt, darunter die starke Ausrichtung auf staatliches Handeln, die Tatsache, dass das Thema nicht als Querschnittsaufgabe unterschiedlicher Ressorts verstanden wird sowie fehlende Lageanalysen auf Bundesebene und der Mangel an begleitender Evaluation.

Der öffentliche Diskurs zum Thema zeichnet sich seit der Amtsübernahme der schwarz-gelben Regierung zunehmend durch eine politisch intendierte begriffliche

Unschärfe aus. Diese **Gleichmacherei bei den Extremismusformen** und ihre Folgen analysierte **Miro Jennerjahn** (grüner Abgeordneter des sächsischen Landtages). Er erläuterte die Logik der zugrundeliegenden „**Extremismustheorie**“, das dahinter stehende Staatsverständnis sowie daraus resultierende tagespolitische Debatten. Nach diesem Ansatz existiert eine demokratische Mitte, die sich dadurch auszeichnet, dass sie mit den extremen Rändern der Gesellschaft nichts zu tun hat. Ausgehend von dieser angenommenen untadeligen Mitte werden gefährliche Zonen rechts und links davon definiert. Diesen Ansatz kritisierte er als untauglich. Die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung verschaffe diesem Denkansatz jedoch ein konjunkturelles Hoch. Negative Folgen für die bisher erfolgreiche Arbeit zur Stärkung von Demokratie und gegen Rechtsextremismus seien zu befürchten. Er forderte eine Abkehr von der **fatalen Logik, das Gegenteil von Rechtsextremismus sei Linksextremismus**. Rechtsextremes Denken gehe von einer biologisch bedingten Ungleichwertigkeit der Menschen aus. Dies käme einem Angriff auf die allgemeinen Menschenrechte gleich. Folglich müsse der Gegenpart zu extrem rechter Ideologie die Betonung und Stärkung von Menschenrechten sein. Die **Gleichheit an Rechten für alle** sei auch konstitutiv für das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. **Das Gegenteil von Rechtsextremismus sei somit Demokratie.**

Welche Strategien im Kampf gegen Rechtsextremismus unter den Bedingungen „**kommunaler Blindheit**“ überhaupt erfolgreich sein können, schilderte eindrucksvoll und anschaulich **Jörg Wanke** (Sprecher der Initiative „**Zossen zeigt Gesicht**“). Kommunale Blindheit zeigt sich – nicht nur in Zossen – darin, dass kommunale Akteure sich scheuen, Probleme mit Rechtsextremismus offenzulegen, weil sie eine Abschreckung von TouristInnen und InvestorInnen befürchten. Dabei wird gern auf eine vermeintliche regionale Begrenzung verwiesen, wonach „nur“ die Nachbargemeinde betroffen sei. Trotz mangelnder Unterstützung der Stadt geht von den BürgerInnen Zossens ein **breites zivilgesellschaftliches Engagement** gegen Rechtsextremismus aus. Dieses wird u.a. auch finanziell getragen, was eine identitätsstiftende Wirkung zur Folge hat, abzulesen z.B. am Wiederaufbau des gewaltsam zerstörten „Hauses der Demokratie“. Wanke plädierte dafür, mehr politische Bildungsangebote zu schaffen und verwies auf den Erfolg eines durch seine Initiative organisierten **Argumentationstrainings für SozialarbeiterInnen**. Nicht zu unterschätzen sei die **Bedeutung der Jugendarbeit**. Seine Wünsche an die Politik: Nachhaltigkeit statt punktueller Kampagnen, Förderung von Bürgerbeteiligung und vor allem: den BürgerInnen mehr zutrauen!

Neben der politischen Unterstützung ist eine solide Förderung entscheidend für den Bestand vieler Projekte und Strukturen gegen Rechtsextremismus. **Sven-Christian Kindler** (grüner Bundestagsabgeordneter und Mitglied im Haushaltsausschuss) legte dar, welche Fördertöpfe es in verschiedenen Ministerien gibt. Er wies darauf hin, dass demnächst große Umstrukturierungen zu erwarten, weil die erste Förderperiode für die Programme „Vielfalt tut gut“ (19 Mio. Euro pro Jahr) und „kompetent. für Demokratie“ (5 Mio. Euro) Ende Dezember 2010 auslaufe. Dies sei mit großen Unsicherheiten für die Anti-Nazi-Initiativen verbunden. Bereits im laufenden Haushalt 2010 kündigten sich die Veränderungen an, so seien je zwei Modellprojekte gegen Linksextremismus und Islamismus in Planung. Auch Mittel, die im Innenministerium spezifisch gegen Rechtsextremismus vorgesehen waren, sollen nun gegen „jegliche Formen von Extremismus“ eingesetzt werden. Die Grüne Bundestagsfraktion stellt sich entschieden gegen diesen Trend der Gleichsetzung. Kindler kritisierte in diesem Zusammenhang auch seine **pseudowissenschaftliche Untermauerung durch die**

„**Extremismustheorie**“. Er betonte die Erfolge der unter Rot-Grün initiierten Bundesprogramme „CIVITAS“ und „ENTIMON“ und beanstandete die fehlende **Auswertung und Weiterführung** wertvoller Erfahrungen aus diesen Programmen. Zu den grünen Forderungen gehören weiterhin die **ausreichende Finanzierung** von Beratungs- und Unterstützungskompetenz im ganzen Bundesgebiet, eine **geringere Kofinanzierung** und eine **effizientere Mittelverteilung** im Programm „Vielfalt tut gut“ zugunsten der Projektarbeit. Zu den zentralen Ziele gehört außerdem ein **eigener Fördertopf von jährlich 19 Mio. Euro**, aus dem zivilgesellschaftliche Träger direkt Geld beantragen können. Dieses **eigene Antragsrecht** schütze Initiativen vor lokaler politischer Willkür bei der Mittelvergabe.

Clara Herrmann (grüne Abgeordnete im Berliner Abgeordnetenhaus und Sprecherin gegen Rechtsextremismus) erläuterte die unklare Zukunft der **Lokalen Aktionspläne** (LAP) und betonte, wie unerlässlich eine nachhaltige Finanzierung gewachsener Strukturen ist. Zur Erhöhung der Qualität von LAPs forderte sie beim Coaching eine bessere Einbeziehung erfahrener Träger. Auch wies sie darauf hin, dass bei den Modellprojekten keine hinreichenden Konzepte zur **Ergebnissicherung** bestehen.

Monika Lazar betonte abschließend, dass **Rechtsextremismus nie ohne Widerspruch** bleiben dürfe und Ansätze für eine **echte demokratische Alternative** erforderlich seien. Sie ermutigte alle Anwesenden, sich offensiv und öffentlich für eine weitere spezifische Bundesförderung gegen Rechtsextremismus einzusetzen und PolitikerInnen in ihrer Umgebung mit den Aktivitäten lokaler Initiativen vertraut zu machen. Viele Abgeordnete, so Monika Lazar, wüssten bisher leider gar nicht, welche exzellente und Qualitätsarbeit in zahlreichen Projekten geleistet würde. Sie versicherte, dass auch die Grüne Bundestagsfraktion im parlamentarischen Raum weiterhin um **mehr Sensibilität** für die Problematik Rechtsextremismus werben wird.

Eine zentrale gemeinsame Schlussfolgerungen des Fachgesprächs ist, dass die Bundesprogramme wichtig seien, aber perspektivisch in eine **Demokratieoffensive mit einem vielfältigen Maßnahmenbündel** eingebettet werden müssten.